

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Christian Baldauf (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

Inklusion im Rhein-Pfalz-Kreis Teil 1

Die **Kleine Anfrage 2896** vom 8. Dezember 2014 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie haben sich die Kosten für Förderlehrer und individuelle Schulbegleiter im Rhein-Pfalz-Kreis in den letzten vier Jahren entwickelt?
2. Welchen Anteil an diesen Kosten trägt der Rhein-Pfalz-Kreis?
3. Welche Kriterien sind für die Auswahl und welcher Zeitplan ist vorgesehen für die Weiterentwicklung der Förderschulen zu Förder- und Beratungszentren?
4. Welchen Anteil der Kosten trägt dabei der Rhein-Pfalz-Kreis?

Das **Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 18. Dezember 2014 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 und 2:

Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie betrifft Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen. Vor diesem Hintergrund wurde der Auftrag aller Schulen, bei der Entwicklung eines inklusiven Schulsystems mitzuwirken, im Schulgesetz verankert und die Bedeutung der Inklusion als allgemeinpädagogische Aufgabe hervorgehoben. An Schulen mit inklusivem Unterricht gestaltet das gesamte pädagogische Personal – Regelschullehrkräfte, Förderschullehrkräfte und pädagogische Fachkräfte – gemeinsam förderlichen Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler. Die Kosten für dieses Personal trägt das Land zu 100 Prozent.

Die für den inklusiven Unterricht zur Verfügung gestellten zusätzlichen Personalressourcen berücksichtigen die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf, die Gesamtschülerzahl, den individuellen Förder- und Unterstützungsbedarf sowie die Belegung der für die genannten Schülerinnen und Schüler verfügbaren Plätze.

Bei der nachfolgenden Tabelle werden die erbrachten Wochenstunden von Förderschullehrkräften und pädagogischen Fachkräften an Schwerpunktschulen im Rhein-Pfalz-Kreis zum jeweiligen Statistikstichtag dargestellt. Die näherungsweise Umrechnung in Ausgaben erfolgt auf Grundlage der landesdurchschnittlichen Ausgaben je Lehrerwochenstunde für eine Förderschullehrkraft bzw. je Wochenstunde für eine pädagogische Fachkraft.

Schuljahr	2010/2011	2011/2012	2012/2013	2013/2014
Wochenstunden von Förderschullehrkräften an Schwerpunktschulen	77,5	156,0	195,0	207,0
Wochenstunden von pädagogischen Fachkräften an Schwerpunktschulen	26,7	27,5	27,5	37,5
Durchschnittliche Kosten pro Förderschullehrerwochenstunde (in Euro)	2 570	2 640	2 600	2 630
Durchschnittliche Kosten pro Wochenstunde einer pädagogischen Fachkraft (in Euro)	1 450	1 490	1 470	1 570
Gesamtkosten (in 1 000 Euro)	238	453	547	603

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Amtliche Schulstatistik.

b. w.

Die im Rahmen der Sozialgesetzgebung des Bundes eingesetzten Integrationshelferinnen und -helfer erteilen keinen Unterricht und zählen nicht zum pädagogischen Personal.

Integrationshilfe in Schulen ist eine ambulante Leistung der Eingliederungshilfe. Dabei handelt es sich um einen Individualanspruch, der grundsätzlich nicht von der besuchten Schule oder der Feststellung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs abhängig ist. Integrationshilfe kann bei Kindern und Jugendlichen gewährt werden, die durch das Vorliegen einer Behinderung in ihrer Teilhabe eingeschränkt sind, und bezieht sich nicht nur auf den schulischen Bereich.

Die Bewilligung von Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch für Kinder und Jugendliche mit körperlichen und/oder geistigen Behinderungen fällt in die Zuständigkeit und Finanzverantwortung der örtlichen Träger der Sozialhilfe. Dies sind nach § 3 SGB XII und §§ 1 und 2 AGSGB XII die Landkreise und kreisfreien Städte.

Für Kinder und Jugendliche mit seelischen Behinderungen haben die örtlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe Zuständigkeit und Finanzverantwortung. Dies sind die Landkreise und kreisfreien Städte, auch einige große kreisangehörige Städte (§ 69 Absatz 1 SGB VIII i. V. m. § 2 Absatz 1 AGKJHG).

Daten zur Integrationshilfe als Angelegenheit der kommunalen Selbstverwaltung werden von der Landesregierung nicht erhoben. Informationen zur Kostenentwicklung liegen ihr daher nicht vor.

Für diese Kosten erhält der Rhein-Pfalz-Kreis einen anteiligen Ausgleich nach der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs nach § 9 a LFAG im Rahmen der Schlüsselzuweisungen C und nach § 26 AGKJHG. Dazu gehören auch Kosten der Integrationshilfen in Schulen.

Der Rhein-Pfalz-Kreis als örtlicher Träger der Sozialhilfe und Jugendhilfe kann nach der Vereinbarung nach § 109 b SchulG Mittel aus dem Unterstützungsfonds des Landes auch zur Finanzierung von Integrationshilfen verwenden.

Zu Frage 3:

Ein Schulträger kann den Antrag stellen, eine Förderschule in seiner Trägerschaft mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines Förder- und Beratungszentrums zu beauftragen. Bei der Entscheidung über seinen Antrag werden Bedarf und regionale Ausgewogenheit, die Qualität des Konzepts und die Ergebnisse der Abstimmung mit beteiligten Schulträgern und Schulen sowie des Verfahrens nach § 92 Absatz 6 SchulG berücksichtigt.

Einige Schulträger haben bereits die Beauftragung von Förderschulen zu Förder- und Beratungszentren beantragt und stehen im intensiven Austausch mit der Schulaufsicht.

Für das Schuljahr 2014/2015 konnten bis zum 15. Dezember 2014 weitere Anträge gestellt werden. Nach Entscheidung über die Anträge erfolgt die Beauftragung im Februar 2015.

Für das Schuljahr 2015/2016 können Anträge bis Ende März 2015 gestellt werden. Die Entscheidung erfolgt vor Beginn der Sommerferien.

Die Schulträger wurden über die genannten Termine schriftlich informiert. Über den Zeitplan für das Schuljahr 2016/2017 erhalten die Schulträger rechtzeitig Informationen.

Zu Frage 4:

Mit der Beauftragung von Förder- und Beratungszentren erhalten die Schulträger die Möglichkeit, das Angebot sonderpädagogischer Förderung in ihrer Region neu zu gestalten und dadurch zu optimieren. Es entstehen durch die Beauftragung keine zusätzlichen Kosten.

Vera Reiß
Staatsministerin